

Medienmitteilung

„Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden“ – Justizkommission empfiehlt Ablehnung

Solothurn, 11. April 2011 – Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) beantragt dem Parlament, dem Volk zu empfehlen, die Volksinitiative „Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden“ abzulehnen.

Die vom Regierungsrat aufgrund der Volksinitiative „Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden“ vorgelegte Umsetzung der Initiative sieht vor, dass die Polizei verpflichtet werden soll, die gewünschten Angaben zu machen, sofern und soweit das übergeordnete eidgenössische und das kantonale Recht die Nennung zulassen. Zudem soll in Meldungen der Strafbehörden über Verfahren nach kantonalem und kommunalem Strafrecht die Nationalität oder Herkunftsregion von Tätern und Tatverdächtigen inskünftig grundsätzlich genannt werden.

Die Mehrheit der JUKO-Mitglieder ist der Auffassung, dass diese Massnahmen bereits heute angewendet werden, weshalb die JUKO den Antrag stellt, dem Volk die Ablehnung der Initiative zu beantragen.